

## **Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt die Bundestagsdebatte über den Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus am 14. Dezember**

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma dankt allen im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien für ihre Bereitschaft, der Bitte des Zentralrats zu entsprechen, einen gemeinsamen Entschließungsantrag über den Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in den Deutschen Bundestag einzubringen. Damit drücken die Parteien ihre Anerkennung der historischen Verantwortung für die sechshundertjährige deutsche Geschichte der Minderheit und den Holocaust aus.

„Wir sehen in dieser Debatte die Chance für den demokratischen Rechtsstaat, die Versäumnisse der historischen Aufarbeitung und Bewusstseinsbildung nach 1945 politisch anzuerkennen und den Willen auszudrücken, dem tiefsitzenden Antiziganismus durch Aufklärung entgegenzuwirken,“ so der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose.

Durch den umfangreichen, 800-seitigen Bericht der Unabhängigen Kommission wurden erstmals die Ursachen für den auch nach 1945 fortwährenden Antiziganismus in Politik, Gesellschaft und staatlichen Institutionen anerkannt und verurteilt.

Dieser weiter tradierte Antiziganismus wurde als „zweite Verfolgung“ auch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit folgenden Worten ausgedrückt: „Behörden, Polizei und Justiz diskriminierten, stigmatisierten oder kriminalisierten Angehörige der Minderheit; in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wurde der Völkermord an den Sinti und Roma verschwiegen, verleugnet oder verdrängt; Ansprüche auf Entschädigung wurden lange, viel zu lange nicht anerkannt.“

Der Zentralrat würdigt, dass das Bundeskriminalamt sich dieser Kritik stellte und am 27. Januar 2023 die Arbeitsdefinition Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) unterzeichnet hat und dadurch auch das Vertrauen der Minderheit in unseren Rechtsstaat weiter stärkt.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erwartet, dass der Deutsche Bundestag mit dem Entschließungsantrag wegweisende Handlungsempfehlungen ausspricht und Maßnahmen ergreift, damit die zentralen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus umgesetzt werden.

Rose fordert: „Bundestag und Bundesregierung müssen hier die Voraussetzungen schaffen für die gleichberechtigte Teilhabe unserer Minderheit in allen Bereichen der Gesellschaft und dafür Sorge tragen, dass auch der Antiziganismus, der die Grundlage für den Holocaust an den 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa war, genauso geächtet wird wie der Antisemitismus.“